

Staatsrecht II

Manssen

18. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-76775-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lernbücher Jura
Staatsrecht II · Grundrechte
Gerrit Manssen

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Staatsrecht II

Grundrechte

von

Dr. Gerrit Manssen

o. Professor
an der Universität Regensburg

18. Auflage 2021

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 76775 3

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Fotosatz H. Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 18. Auflage

Die 18. Auflage berücksichtigt die bis Februar 2021 eingetretenen Entwicklungen im Bereich der Grundrechtsdogmatik.

Die Ausführungen wurden insgesamt überarbeitet und ergänzt. Ich habe mich wie bei den Vorauflagen bemüht, die Ausführungen nicht mit Details zu überfrachten, sondern eher noch etwas mehr zu „erklären“. Die Grundrechtsdogmatik ist ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung von Studierenden im öffentlichen Recht, aber keinesfalls der einzige. Eine Konzentration auf das Wesentliche im Bereich der Pflichtfächer ist angesichts der insgesamt gestiegenen Stoffmenge durch die Reform der Schwerpunktbereichsausbildung für ein „Lernbuch“ unabdingbar. Das Lernziel besteht also nicht darin, alles zu „wissen“, sondern die Grundstrukturen des Rechtsgebietes zu verstehen und selbstständig argumentieren zu können.

Zur methodischen Verwendung dieses Buches folgende Empfehlung: Es lässt sich vor allem bei der Darstellung der allgemeinen Grundrechtslehren (§§ 2–8) nicht immer vermeiden, dass einzelne Grundrechte behandelt werden, die erst an späterer Stelle ausführlicher besprochen werden. Teilweise sind auch gewisse Kenntnisse des Unions-/Europarechts nötig, um die Ausführungen nachvollziehen zu können. Als Anfänger bzw. Einsteiger in das Staats- und Verwaltungsrecht sollte man sich davon nicht verwirren lassen. Gegebenenfalls ist zu empfehlen, das Buch von vorne zu beginnen, nachdem der Stoff einmal komplett durchgearbeitet wurde bzw. die Teile, für die die nötigen Vorkenntnisse noch nicht vorhanden sind, zunächst wegzulassen. Um die Lektüre zu erleichtern, sind an entsprechenden Stellen entsprechende Hinweise eingefügt worden.

Zu danken habe ich erneut meinen Mitarbeitern am Lehrstuhl für Öffentliches Recht in Regensburg für die engagierte Mithilfe.

Regensburg, im Februar 2021

Gerrit Manssen

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
---------------------------------	-----

Teil I. Grundlagen

§ 1. Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte	1
I. Die Entwicklung außerhalb Deutschlands	1
1. Die Herausbildung des Grundrechtsschutzes in der englischen Verfassungstradition	1
2. Grundrechtsschutz in amerikanischen Verfassungsdokumenten	2
3. Die französische Menschen- und Bürgerrechtserklärung von 1789	3
II. Grundrechtsentwicklungen in Deutschland bis 1933	3
III. Nationale Grundrechte nach 1945	4
1. Grundrechte im Grundgesetz	4
2. Grundrechte in den Landesverfassungen	5
IV. Grundrechte im Mehrebenensystem	6
1. Die Europäische Menschenrechtskonvention	6
2. Die Charta der Grundrechte	7
§ 2. Einteilung der Grundrechte	8
I. Der Begriff Grundrecht	8
1. Grundrechte und Menschenrechte	8
2. Grundrechtsgleiche Rechte	8
II. Freiheits- und Gleichheitsrechte	9
1. Prüfungsaufbau bei Freiheitsrechten	9
a) „Interner“ Prüfungsaufbau eines Freiheitsrechts	9
b) Prüfungsaufbau bei mehreren einschlägigen Freiheitsrechten	11
2. Prüfungsaufbau bei Gleichheitsrechten	11
3. Verhältnis von Freiheits- und Gleichheitsprüfung	12
III. Jedermann- und Deutschengrundrechte	13
IV. Benannte und unbenannte Grundrechte	15
§ 3. Funktionen der Grundrechte	15
I. Grundrechte als Abwehrrechte	15
II. Grundrechte als Institutsgarantien bzw. institutionelle Garantien	16
III. Objektive Grundrechtsdimensionen	17
1. Allgemeines	17
2. Schutzpflicht	18

a) Schutzpflicht für alle grundrechtlich geschützten Rechtsgüter	18
b) Untermaßverbot	18
c) Prüfungsaufbau	19
3. Leistungsrechte	20
4. Teilhaberechte	21
IV. Verfassungskonforme Auslegung	22

Teil II. Allgemeine Grundrechtslehren

§ 4. Grundrechtsträger	25
I. Natürliche Personen als Grundrechtsträger	25
II. Personenvereinigungen als Grundrechtsträger (Art. 19 Abs. 3 GG)	26
1. Der Begriff „juristische Person“	26
2. „Inländische“ juristische Person	27
3. Die wesensmäßige Anwendbarkeit des Grundrechts	28
III. Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Grundrechtsträger	29
1. Grundsatz: Keine Grundrechtsträgerschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	29
2. Ausnahmen	30
a) Juristische Personen des öffentlichen Rechts ohne innerstaatliche Hoheitsbefugnisse	30
b) Spezifische Zuordnung zu einem grundrechtlich geschützten Lebensbereich	30
c) Prozessgrundrechte	31
IV. Juristische Personen des Privatrechts mit staatlicher Beteiligung ..	32
1. Durchblickstheorie	32
2. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	33
§ 5. Grundrechtsverpflichtete	34
I. Grundrechtsschutz gegenüber der Europäischen Union	34
1. Grundsatz: Beschränkung der Grundrechtsbindung auf die deutsche öffentliche Gewalt	34
2. Europäisches Primärrecht	34
3. Europäisches Sekundärrecht	35
4. Die Umsetzung und Anwendung von Unionsrecht auf nationaler Ebene	36
II. Grundrechtsbindung der Exekutive	39
1. Öffentlich-rechtliches Handeln	39
2. Privatrechtliches Handeln	40
III. Sonderproblem Drittirkung	41
1. Grundrechtsbindung des Gesetzgebers	41
2. Grundrechtsbindung der Rechtsprechung	42

a) Bindung an Freiheitsrechte	42
b) Bindung an den Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	43
3. Grundrechtsbindung gegenüber Privaten	44
4. Überprüfung von fach-/zivilgerichtlichen Entscheidungen durch das BVerfG	45
5. Wichtige Drittirkungsfälle	46
a) Lüth – BVerfGE 7, 198 ff.	46
b) Blinkfür – BVerfGE 25, 256 ff.	46
c) Bürgschaftsfall – BVerfGE 89, 214 ff.	47
d) Stadionverbot – BVerfGE 148, 267 ff.	47
§ 6. Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG)	49
I. Art. 18 GG als Ausdruck „streitbarer Demokratie“	49
II. Voraussetzungen einer Verwirkungsentscheidung	49
1. Missbrauch zum Kampf	49
2. Kampf gegen die „freiheitliche demokratische Grundordnung“	49
III. Folgen einer Verwirkungsentscheidung	50
§ 7. Der Grundrechtseingriff	50
I. Allgemeines	50
II. Grundrechtsverzicht	51
III. Eingriffsformen	51
1. Klassischer Grundrechtseingriff	51
2. Faktischer Grundrechtseingriff	52
3. Einzelfälle, insbesondere Informationshandeln der Regierung	52
4. Moderner Eingriffsbegehr? – Hinweise zur Falllösung	54
§ 8. Die Beschränkung von Grundrechten	54
I. Allgemeines	54
1. Grundrechte mit Gesetzesvorbehalt	54
2. Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalt	55
3. Sonderproblem: Einschränkung von Grundrechten mit Gesetzesvorbehalt durch kollidierendes Verfassungsrecht	57
II. Erforderlichkeit einer gesetzlichen Grundlage	58
III. Formelle Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlage	59
1. Kompetenz, Verfahren, Form	59
2. Zitiergebot (Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG)	60
IV. Materielle Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlage	62
1. Bestimmtheit	62
2. Verfahrensmäßige Absicherung	64
3. Verbot von Einzelfallgesetzen (Art. 19 Abs. 1 Satz 1 GG)	65
4. Anforderungen des qualifizierten Gesetzesvorbehalt	67
5. Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes i. w. S. (Übermaßverbot)	68

a) Legitime Zwecksetzung	68
b) Geeignetheit	68
c) Erforderlichkeit	69
d) Zumutbarkeit (Verhältnismäßigkeit i. e. S.)	69
6. Wesensgehaltsgarantie (Art. 19 Abs. 2 GG)	71
a) Individuelles oder generelles Verständnis	71
b) Absolutes oder relatives Verständnis	71
V. Verfassungsmäßigkeit der Rechtsanwendung	72
1. Ein- und mehrstufige Grundrechtseingriffe	72
2. Prüfungskompetenz des BVerfG hinsichtlich der Rechtsanwendung	72
 Teil III. Freiheitsrechte	
§ 9. Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)	75
I. Allgemeines	75
1. Menschenwürde als „oberster Wert“	75
2. Der Grundrechtscharakter von Art. 1 Abs. 1 GG	75
3. Unzulässigkeit von Eingriffen	76
II. Grundrechtsträger	77
1. Grundrechtsträgerschaft natürlicher Personen	77
2. Grundrechtsträgerschaft des nasciturus	77
3. Grundrechtsträgerschaft von Toten	78
III. Schutzbereich der Menschenwürdegarantie	78
1. Objektformel	78
2. Verhältnis zu anderen Grundrechten	79
IV. Objektive Dimensionen der Garantie der Menschenwürde	81
1. Schutzrechte und Leistungsansprüche	81
2. „Wrongful birth“ bzw. „wrongful life“	81
3. Forschung mit embryonalen Stammzellen	82
§ 10. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	82
I. Sachlicher Schutzbereich	82
1. Weite Interpretation des Schutzbereichs	82
2. Subsidiarität gegenüber Spezialgrundrechten	83
II. Persönlicher Schutzbereich	83
III. Eingriff	84
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Beschränkungen	84
§ 11. Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)	86
I. Schutzbereich	86
1. Sachlicher Schutzbereich	86

2. Persönlicher Schutzbereich	89
II. Eingriffe	89
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	90
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	92
1. Allgemeines	92
2. Der Schutz von Prominenten gegen Medienberichterstattung	92
a) Schutz des eigenen Bildnisses	92
b) Schutz von Kindern Prominenter	93
c) Schutz gegen Bildmanipulationen	93
3. Recht auf Vergessen/Vergessenwerden	94
§ 12. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG)	94
I. Schutzbereich	94
1. Sachlicher Schutzbereich	94
a) Recht auf Leben	94
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit	95
2. Persönlicher Schutzbereich	95
II. Eingriff	95
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	96
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechts	98
1. Allgemeines	98
2. Beispiele Fälle	98
a) Selbstdtötung	98
b) Schwangerschaftsabbruch	99
§ 13. Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG)	100
I. Schutzbereich	100
II. Eingriff	100
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	101
§ 14. Glaubensfreiheit (Art. 4 GG)	104
I. Schutzbereich	104
1. Sachlicher Schutzbereich	104
a) Einheitliche Garantie	104
b) Begriff des Glaubens	105
c) Einzelfragen des sachlichen Gewährleistungsbereichs	106
2. Persönlicher Schutzbereich	107
a) Individuelle Glaubensfreiheit	107
b) Kollektive Glaubensfreiheit	107
II. Eingriff	108
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	110
1. Eingriffe in die individuelle Glaubensfreiheit	110

2. Eingriffe in die kollektive Glaubensfreiheit	113
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechts	114
1. Glaubensfreiheit und Arbeitsrecht	114
2. Schächten von Tieren	114
3. Religionsfreiheit und Ladenschluss	115
§ 15. Gewissensfreiheit (Art. 4 GG)	116
I. Schutzbereich	116
1. Sachlicher Schutzbereich	116
2. Persönlicher Schutzbereich	116
II. Eingriff	117
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	117
IV. Objektive Wirkung der Gewissensfreiheit	119
§ 16. Kommunikationsgrundrechte (Art. 5 Abs. 1 und Abs. 2 GG)	119
I. Übersicht	119
II. Schutzbereiche	119
1. Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 1. Var. GG)	119
a) Sachlicher Schutzbereich	120
b) Persönlicher Schutzbereich	122
2. Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 2. Var. GG)	123
a) Allgemein zugängliche Quellen	123
b) Geschütztes Verhalten	123
c) Grundrechtsträger	124
3. Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 1. Var. GG)	124
a) Sachlicher Schutzbereich	124
b) Persönlicher Schutzbereich	126
4. Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 2. Var. GG)	127
a) Sachlicher Schutzbereich	127
b) Persönlicher Schutzbereich	127
c) Grundlinien für die gesetzgeberische Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit	128
5. Filmfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 3. Var. GG)	131
III. Eingriffe	132
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	132
1. Die Schranke der „allgemeinen Gesetze“ (Art. 5 Abs. 2 GG)	132
2. Wechselwirkungslehre	135
a) Allgemeines	135
b) Beispiele	136
3. Zensurverbot (Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG)	137
4. Kollidierendes Verfassungsrecht	137
§ 17. Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 Satz 1 2. Var. GG)	138
I. Schutzbereich	138
1. Sachlicher Schutzbereich	138

a) Einheitlichkeit der Garantie	138
b) Begriff der Wissenschaft	138
c) Begriff der Lehre	139
d) Treue zur Verfassung (Art. 5 Abs. 3 Satz 2 GG)	139
2. Persönlicher Schutzbereich	139
II. Eingriffe	140
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	140
IV. Objektive Dimension des Grundrechts	141
 § 18. Kunstrechte (Art. 5 Abs. 3 Satz 1 1. Var. GG)	142
I. Schutzbereich	142
1. Sachlicher Schutzbereich	142
2. Persönlicher Schutzbereich	144
II. Eingriffe	146
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	146
1. Die Beurteilung von einschränkenden Gesetzen	146
2. Die Beurteilung der Rechtsanwendung im konkreten Fall	147
 § 19. Schutz von Ehe, Familie und Elternrecht (Art. 6 GG)	148
I. Überblick	148
II. Schutzbereich	149
1. Schutz von Ehe und Familie	149
a) Schutz der Ehe	149
b) Geschütztes Verhalten der Ehefreiheit	149
c) Schutz der Familie	150
d) Grundrechtsträger	151
2. Elternrechte und Elternpflichten (Art. 6 Abs. 2 und 3 GG)	151
III. Eingriff	152
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	153
1. Eingriffe in Ausübung des staatlichen Wächteramtes (Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG)	153
2. Zwangsweise Trennung von Eltern und Kindern (Art. 6 Abs. 3 GG)	154
3. Eingriffe aufgrund der staatlichen Schulhoheit (Art. 7 Abs. 1 GG)	154
4. Sonstige Eingriffe	154
V. Objektive Grundrechtswirkungen	154
1. Finanzielle Förderung von Familien	154
2. Vollzug ausländerrechtlicher Bestimmungen	155
3. Besonderer Schutz der werdenden Mütter (Art. 6 Abs. 4 GG)	155
4. Gleichstellungsauftrag nach Art. 6 Abs. 5 GG	156
 § 20. Schulwesen (Art. 7 GG)	156
I. Überblick	156
II. Schulaufsicht (Art. 7 Abs. 1 GG)	157

1. Begriff der Schule	157
2. Inhalt und Grenzen der Schulaufsicht	157
III. Religionsunterricht (Art. 7 Abs. 2 und 3 GG)	158
IV. Privatschulfreiheit (Art. 7 Abs. 4 und 5 GG)	161
1. Zulassung von privaten Volksschulen (Art. 7 Abs. 5 GG)	161
a) Begriff der Volksschule	161
b) Genehmigungsvoraussetzungen für Volksschulen	161
2. Zulassung von privaten Ersatzschulen (Art. 7 Abs. 4 GG)	162
a) Begriff der privaten Ersatzschule	162
b) Genehmigungsvoraussetzungen für private Ersatzschulen	162
3. Sonstige Schulen	162
4. Verbot von Vorschulen (Art. 7 Abs. 6 GG)	162
§ 21. Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	163
I. Schutzbereich	164
1. Sachlicher Schutzbereich	164
a) Versammlung und Ansammlung	164
b) Geschütztes Verhalten	165
c) Erfordernis der Friedlichkeit	165
d) Ohne Anmeldung oder Erlaubnis	166
2. Persönlicher Schutzbereich	166
II. Eingriff	166
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	167
1. Beschränkungen von Versammlungen „unter freiem Himmel“	167
a) Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlagen	167
b) Verfassungsmäßigkeit von Einzelmaßnahmen	169
2. Beschränkungen von Versammlungen in geschlossenen Räumen	171
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechts	173
1. Auslegung von Straftatbeständen	173
2. Prozessuale Besonderheiten	174
§ 22. Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	177
I. Schutzbereich	177
1. Begriff der Vereinigung	177
2. Individuelle Vereinigungsfreiheit	177
a) Sachlicher Gewährleistungsumfang	177
b) Grundrechtsträger	178
3. Kollektive Vereinigungsfreiheit	178
a) Sachlicher Gewährleistungsumfang	178
b) Grundrechtsträger	178
II. Eingriff	180
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	181
1. Kein Verbot von Verfassung wegen	181

2. Anforderungen an die Verbotsnormen	181
3. Anforderungen an die Verbotsverfügung	182
§ 23. Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	183
I. Schutzbereich	183
1. Begriff der Koalition	183
2. Individuelle Koalitionsfreiheit	183
3. Kollektive Koalitionsfreiheit	184
II. Eingriffe	185
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	185
§ 24. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG)	187
I. Schutzbereich	187
1. Allgemeines	187
2. Briefgeheimnis	187
3. Postgeheimnis	188
4. Fernmeldegeheimnis	188
5. Persönlicher Schutzbereich	189
II. Eingriffe	190
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	191
1. Der allgemeine Gesetzesvorbehalt (Art. 10 Abs. 2 Satz 1 GG)	191
2. Der besondere Gesetzesvorbehalt (Art. 10 Abs. 2 Satz 2 GG)	192
IV. Objektiv-rechtliche Dimensionen des Grundrechts	193
§ 25. Freizügigkeit (Art. 11 GG)	193
I. Schutzbereich	193
1. Sachlicher Schutzbereich	193
a) Wohnsitz und Aufenthalt	193
b) Verhältnis zu anderen Grundrechten	194
2. Persönlicher Schutzbereich	194
II. Eingriff	194
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	195
1. Beschränkung durch oder aufgrund eines Gesetzes	195
2. Materielle Anforderungen an Beschränkungsmaßnahmen	195
§ 26. Berufsfreiheit, Arbeitszwang, Zwangsarbeit (Art. 12 GG)	196
I. Übersicht	196
II. Schutzbereich	196
1. Persönlicher Schutzbereich	196
2. Sachlicher Schutzbereich	197
a) Berufsbegriff	197
b) Berufswahlfreiheit	198
c) Berufsausübungsfreiheit	199
d) Arbeitsplatzwahlfreiheit	199
e) Wahl der Ausbildungsstätte	199

III. Eingriffe in die Berufsfreiheit	200
1. Regelungen mit subjektiv berufsregelnder Tendenz	200
2. Zweifelsfälle	201
3. Eingriffe durch Realakte	203
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in die Berufsfreiheit	205
1. Einheitlicher Gesetzesvorbehalt	206
2. Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage	206
3. Besondere Anforderungen hinsichtlich der Verhältnismäßigkeitsprüfung	207
a) Legitime Zwecksetzung, Geeignetheit, Erforderlichkeit	207
b) Berufsausübungsvorbehalt	209
c) Subjektive Berufswahlregelungen	212
d) Objektive Wahlregelungen	213
e) Sonderfälle	215
V. Objektive Dimension der Berufsfreiheit	216
1. Leistungsrechte	216
2. Verfahrensrechtliche Absicherung der Berufsfreiheit	217
3. Bedeutung der Berufsfreiheit im Privatrecht	217
VI. Schutz vor Arbeitszwang (Art. 12 Abs. 2 GG)	218
VII. Schutz vor Zwangsarbeit (Art. 12 Abs. 3 GG)	219
§ 27. Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)	220
I. Schutzbereich	220
1. Sachlicher Schutzbereich	220
2. Persönlicher Schutzbereich	221
II. Eingriff	221
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	223
1. Rechtfertigung von Durchsuchungen (Art. 13 Abs. 2 GG)	223
2. Rechtfertigung von technischen Überwachungen (Art. 13 Abs. 3–6 GG)	224
3. Sonstige Eingriffe und Beschränkungen (Art. 13 Abs. 7 GG)	225
§ 28. Eigentums- und Erbrechtsgarantie (Art. 14 und 15 GG)	226
I. Schutzbereich der Eigentumsgarantie	226
1. Sachlicher Schutzbereich	226
a) Instituts- und Rechtsstellungsgarantie	226
b) Eigentumsbegriff	227
2. Persönlicher Schutzbereich	229
II. Eingriffe	230
1. Allgemeines	230
2. Inhalts- und Schrankenbestimmungen (Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG)	230
3. Enteignungen (Art. 14 Abs. 3 GG)	232

III.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	233
1.	Beurteilung einer Inhalts- und Schrankenbestimmung	233
a)	Übermaßverbot	233
b)	Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmungen .	234
2.	Rechtmäßigkeit einer Enteignung	235
a)	Anforderungen an das enteignende Gesetz	235
b)	Legal- und Administrativenteignung	236
3.	Anforderungen an den Exekutivakt	238
4.	Besonderheiten beim Rechtsschutz	238
5.	Rückübertragungsanspruch	238
6.	Enteignender und enteignungsgleicher Eingriff	239
7.	Überführung in Gemeinwirtschaft (Art. 15 GG)	240
IV.	Erbrechtsgarantie	241
§ 29.	Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung (Art. 16 GG)	243
I.	Schutz vor Ausbürgerung (Art. 16 Abs. 1 GG)	243
1.	Schutzbereich	243
2.	Eingriff	244
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	244
II.	Schutz vor Auslieferung (Art. 16 Abs. 2 GG)	245
1.	Schutzbereich und Eingriff	245
2.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	246
§ 30.	Asylrecht (Art. 16a GG)	247
I.	Überblick	247
II.	Die politische Verfolgung	249
1.	Der Begriff „Verfolgung“	249
2.	Der Begriff „politisch“	249
3.	Nachfluchtgründe	250
4.	Eigene Verfolgung	251
III.	Einreise aus sicheren Drittstaaten (Art. 16a Abs. 2 GG)	251
1.	Allgemeines	251
2.	Einreise aus EU-Staaten	252
3.	Einreise aus sonstigen sicheren Drittstaaten	252
4.	Rechtsfolgen bei Einreise aus einem sicheren Drittstaat	253
IV.	Sichere Herkunftsstaaten (Art. 16a Abs. 3 GG)	254
§ 31.	Prozessgrundrechte und Petitionsrecht	254
I.	Der Anspruch auf Justizgewähr (Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG)	255
1.	Anspruchsvoraussetzungen	255
a)	Grundrechtsträger	255
b)	Begriff der „öffentlichen Gewalt“	255
c)	Mögliche Rechtsverletzung	256
2.	Anspruchsinhalt	257

II. Der allgemeine Justizgewährleistungsanspruch	260
III. Recht auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG)	261
1. Inhalt der Gewährleistung	261
2. Unzulässigkeit eines Eingriffs	261
3. Eingeschränkte Prüfungskompetenz des BVerfG	261
4. Verbot von Ausnahmegerichten (Art. 101 Abs. 1 Satz 1 GG).....	262
IV. Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	263
V. Nulla poena sine lege (Art. 103 Abs. 2 GG)	264
VI. Ne bis in idem (Art. 103 Abs. 3 GG)	266
VII. Petitionsrecht (Art. 17 GG)	266
1. Anspruchsvoraussetzungen	266
2. Anspruchsinhalt	267

Teil IV. Gleichheitsrechte

§ 32. Allgemeines zu den Gleichheitsrechten	269
I. Übersicht über die Gleichheitsrechte des Grundgesetzes	269
II. Bindung des Gesetzgebers an den Gleichheitssatz	269
III. Ge- und Verbote in Gleichheitssätzen	270
IV. Prüfungsaufbau bei Gleichheitssätzen	270
§ 33. Die speziellen Gleichheitsrechte des Art. 3 GG	272
I. Art. 3 Abs. 3 GG	272
1. Allgemeines	272
2. Bevorzugung oder Benachteiligung wegen des Geschlechts	273
3. Das Problem der sog. mittelbaren Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	275
4. Benachteiligung wegen einer Behinderung (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG)	276
II. Gleichberechtigung von Männern und Frauen (Art. 3 Abs. 2 GG) ..	277
§ 34. Der allgemeine Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	278
I. Willkürprüfung	278
II. Verhältnismäßigkeitsprüfung	279
1. Prüfungsaufbau	279
2. Prüfungsintensität bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung	280
3. Mittlerer Maßstab	283
III. Besondere Wirkungen des Gleichheitssatzes	283
§ 35. Grundinformationen zur Verfassungsbeschwerde und sonstigen Verfahren	285

I. Zulässigkeitsprüfung der Verfassungsbeschwerde	285
1. Beschwerdeberechtigung (§ 90 Abs. 1 BVerfGG)	285
2. Prozessfähigkeit	286
3. Beschwerdegegenstand	286
4. Beschwerdebefugnis	286
a) Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung	286
b) Qualifizierte Betroffenheit	287
5. Erschöpfung des Rechtsweges, Subsidiarität der Verfassungs- beschwerde (§ 90 Abs. 2 BVerfGG)	288
a) Rechtswegerschöpfung	288
b) Subsidiarität	289
c) Bundesverfassungsgericht und Landesverfassungsgerichte .	290
6. Form und Frist	291
7. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	291
II. Begründetheitsprüfung der Verfassungsbeschwerde	292
1. Einleitungssatz	292
2. Verletzung der Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) .	292
3. Verletzung von Freiheitsrechten	292
4. Verletzung von Gleichheitsrechten	293
III. Sonstige Verfahrensarten	293
IV. Einstweilige Anordnungen	294
1. Allgemeines	294
2. Zulässigkeitsprüfung	294
3. Begründetheitsprüfung	294
Sachverzeichnis	297